

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 91520-0
Telefax: (0228) 91520-12 (Redaktion)
91520-15

Inhalt

49. Jahrgang / 112

15. Juni 1994

Klarheit über die Rolle der WEU zu gewinnen, fordert Robert Antretter MdB.

Seite 1

Eine Warnung vor dem italienischen Ministerpräsidenten Berlusconi spricht aus Anlaß dessen Bonn-Besuchs **Dr. Klaus Hänsch MdEP** aus.

Seite 3

Es hätte ein gutes Museum entstehen können, befindet **Freimut Duve MdB** im Blick auf das Haus der Geschichte in Bonn.

Seite 4

Klarheit über die Rolle der WEU gewinnen

Der tiefgreifende Wandel unseres strategischen Umfelds wirft schwerwiegende sicherheitspolitische Fragen auf

**Von Robert Antretter MdB
Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der
Westeuropäischen Union**

Die Debatten bei der in dieser Woche stattfindenden Parlamentarischen Versammlung der WEU in Paris belegen: Wir leben in einer Phase eines tiefgreifenden Wandels des strategischen Umfelds. Der Verhandlungsprozeß, der dem Maastrichter Vertrag vorausging, hat grundlegende Auffassungsunterschiede der Regierungen der Europäischen Union über die Frage gezeigt, wie das Sicherheitssystem in Europa neu organisiert werden soll und welche Rolle dabei der Westeuropäischen Union zukommen kann. Diese Meinungsunterschiede wurden durch Formelkompromisse und interpretationsfähige Formulierungen in dem der WEU gewidmeten Anhang zu dem Maastrichter Vertragswerk nur mühsam verdeckt, weil keine Einigung darüber erzielt werden konnte, wo der politische Schwerpunkt der WEU künftig liegen soll: Als "bewaffneter Arm" der Europäischen Union, als europäische Säule der NATO, oder gar als Organisation, die kollektive Zwangsmaßnahmen der UNO durchsetzen soll.

Daß der Maastrichter Vertrag keine klaren Aussagen über das neue sicherheitspolitischen Rollenprofil der WEU enthält, kann wohl kaum überraschen, denn in den vergangenen Jahren sind wir Zeugen einer Entwicklung geworden, in der der Gang der Ereignisse die jeweiligen Verantwortlichkeiten der Organisationen bestimmt hat und nicht irgendwelche auf Papier geschriebenen Absichtsankündigungen. Und schließlich hat das Krisenmanagement der NATO und der WEU in Ex-Jugoslawien gezeigt, wie weit wir noch vor einer gemeinsamen Sicherheitspolitik entfernt sind, die bei der Verhütung und Eindämmung von Konflikten auf ein in sich geschlossenes Instrumentarium aufbauen kann. So ist immer noch nicht erkennbar, wie sich die KSZE und die NATO bei der Wahrnehmung ihrer spezifischen Verantwortlichkeiten ergänzen können oder um es noch drastischer zu formulieren, es scheint so, als ob bestehende Organisationen wie die NATO, UNO, KSZE oder die WEU vor allem dafür erhalten müssen, Verantwortlichkeiten abzuwälzen beziehungsweise hin- und herzuschieben.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst, GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 180167, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kennzeichen für
100% reines
Recycling-Papier



Wenn auch durch die Entschlossenheit der NATO der Vormarsch serbischer Verbände in die von der UNO deklarierten Schutzzonen gestoppt werden konnte, so bleibt immer noch unklar, wie die Befehls- und Kommandokette zwischen der UNO und der NATO definiert werden kann und welche Rolle dabei etwa eine europäische Organisation übernehmen kann. Bevor über diese grundlegenden Fragen zwischen unseren Regierungen keine Einigkeit besteht, dürfte eine detaillierte Diskussion über die Rolle der WEU in einer künftigen europäischen Sicherheitsarchitektur weitgehend akademisch sein. Wir haben zwar wesentliche Fortschritte erzielen können bei der Abstimmung über die Ausbildung, die Einsatzdoktrin und die logistische Versorgung von Streitkräften, die für friedenserhaltende Missionen vorgesehen sind. Solange jedoch zwischen unseren Regierungen grundlegende Auffassungsunterschiede über die politischen Ziele, die Risiken und die Verantwortlichkeiten dieser Einsätze bestehen, ist nicht zu erkennen, wie die Westeuropäische Union als eigenständige Organisation ihre jeweiligen Beiträge in die Europäische Union einbringen kann.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament und deren Ergebnisse waren hinsichtlich der Wahlbeteiligung und des Auftretens von Gruppierungen, die den europäischen Integrationsprozeß prinzipiell in Frage stellen, alles andere als ermutigend. Aus diesen Wahlen sollten drei grundsätzliche Schlußfolgerungen gezogen werden, die auch für unsere Arbeit von Bedeutung sind.

1. Das Europa der diplomatischen Geheimverhandlungen, der Überraschungscoups und der fait accompli stößt immer mehr auf Mißtrauen. Die Petersburger Erklärung kam für viele überraschend und hat hinsichtlich der Passagen über die Durchführung von kollektiven Zwangsmaßnahmen durch die WEU erhebliche Besorgnisse ausgelöst. Wir brauchen zur Vorbereitung der Revisionskonferenz des Maastrichter Vertrages 1996 eine offene Diskussion über die Frage, welche militärischen Funktionen die WEU künftig ausfüllen soll.
2. Unsere Parlamente werden in absehbarer Zeit nicht bereit sein, dem Europäischen Parlament in Fragen der Verteidigungspolitik echte Mitentscheidungsbefugnisse zu übertragen. (Manche Resolutionen des Europäischen Parlaments muten auch etwas realitätsfremd an). Wir brauchen eine bessere Zusammenarbeit zwischen dem neugewählten europäischen Parlament und der WEU-Versammlung, die sich eher an den Realitäten und weniger an Visionen orientiert.
3. Im Vorfeld von Krisen und Konflikten kommt der Verhängung von Sanktionen und ihre Durchführung eine große Bedeutung zu. In diesem Bereich müssen die Befugnisse des Europäischen Parlaments eindeutig gestärkt werden. Es ist rechtsstaatlich äußerst bedenklich, daß in Artikel 228 a des EG-Vertrages bei der Verhängung von Embargo-Maßnahmen keine Anhörung des Europäischen Parlaments vorgesehen ist. Das Europäische Parlament sollte sich deshalb darauf konzentrieren, vor allem in Fragen der wirtschaftlichen Aspekte der Sicherheitspolitik seine Kompetenzen zu stärken, während die eigentlichen Fragen der Verteidigungspolitik weiterhin unserer Versammlung vorbehalten bleiben sollte.

Seit Ende der achtziger Jahre wurde die WEU mit zwei grundlegenden Herausforderungen konfrontiert, die die künftige militärische Gewichtung berühren, den Golfkrieg im Frühjahr 1991 und die barbarischen Kriege im ehemaligen Jugoslawien. Aus dem Krisenmanagement in diesen beiden Kriegen müssen jetzt die entsprechenden Konsequenzen gezogen und Vorschläge für eine Neuorientierung

der WEU im Lichte der 1996 stattfindenden Revisionskonferenz des Unionsvertrages der Europäischen Union unterbreitet werden. Dann werden wir auch Klarheit darüber gewinnen, ob es sinnvoll ist, die WEU als eigenständige Organisation fortzuführen, wofür vieles spricht, oder sie mit der Europäischen Union zu verschmelzen. Dazu wäre aber das ehrliche Eingeständnis erforderlich, daß die Bestimmungen des Maastrichter Vertragswerkes, die die WEU betreffen, durch das Versagen der westlichen Staatengemeinschaft im ehemaligen Jugoslawien weitgehend überholt sind.

(-/15. Juni 1994/hgs/fr)

Warnung vor Berlusconi

Nicht gemeinsame Sache mit den Steigbügelhaltern der italienischen Neofaschisten machen

Von Dr. Klaus Hänsch MdEP

Stellvertretender Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament

Silvio Berlusconi ante portas! Der italienische Ministerpräsident wird am 16. Juni in Bonn zu seinem Antrittsbesuch erwartet. Die deutsche Seite ist aus mehreren Gründen zu warnen.

Sicher: Die Gespräche politischer Verantwortungsträger der Regierung und Opposition mit dem italienischen Ministerpräsidenten sind nicht a priori kritikwürdig. Sie entsprechen der außen- und europapolitischen Verantwortung unseres Staates. Man sah in Bonn schon ganz andere Gäste lieber gehen als kommen - um Willy Brandt zu zitieren.

Aber alle Gastgeber sollten alles vermeiden, was über das normale diplomatisch-politische Geschäft hinausgeht und einer Aufwertung Berlusconis dienen könnte.

Berlusconi hat die Nadelstreifenfaschisten in Italien durch Regierungsbeteiligung hoffähig gemacht. Nicht nur die Verknüpfung der Staatsgeschäfte mit seinen privaten Geschäften macht ihn in den Augen zu einer Gefahr - weit über die Grenzen Italiens hinaus. Nach einem Bericht des WDR steht er auch seit Jahren in enger Verbindung zur illegalen faschistischen P2-Loge.

Deshalb meine Warnung an den CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzler Helmut Kohl: Berlusconi möchte die Abgeordneten seiner "Forza Italia" im Europäischen Parlament in die Fraktion der europäischen Volkspartei, also der Christdemokraten und Konservativen, einbringen. Ein solcher Schritt wäre die Aufkündigung der bewährten und notwendigen Zusammenarbeit der Fraktionen der Sozialdemokraten und Christdemokraten. Berlusconis Beitritt zur EVP-Fraktion brähe die Isolierung auf, in der die Fraktionen des Europäischen Parlaments die Rechtsextremisten bisher gehalten haben.

Der Bundeskanzler sollte sich nicht darauf beschränken, mit dem französischen Präsidenten Erklärungen gegen Nationalismus und Rassismus abzugeben. Vielmehr sollte er gegen den Rechtsextremismus tun, was er tun kann, und nicht gemeinsame Sache mit den Steigbügelhaltern der italienischen Neofaschisten machen.

(-/15. Juni 1994/hgs/fr)

Es hätte ein gutes Museum entstehen können

Doch der ideologische Ostblick blendet im Haus der Geschichte die Vielfalt der Entwicklungen in Westdeutschland aus

**Von Freimut Duve MdB
Kulturpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Den Ausstellungsmachern ist es eindrucksvoll gelungen, die Erinnerung an die zerstörten Städte, den Aufbau aus den Trümmern, die Eingliederung der Vertriebenen darzustellen.

Die inhaltliche Konzeption, die die Gutachter im Auftrag der Bundesregierung für das Museum vorgelegt hatten, war auch aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion konsensfähig. Schwierigkeiten für die Umsetzung der ursprünglichen Museumsidee machte offensichtlich das historische Datum 1989 - denn nun sollte auch die Geschichte der DDR in der Ausstellung des "Haus der Geschichte" vorkommen, was zu einem grundsätzlichen Denkfehler im Ansatz der Darstellung geführt hat: Die Geschichte der Bundesrepublik wird verkürzt auf eine Musealisierung des Kalten Krieges. Die inneren Auseinandersetzungen zwischen Bund und Ländern, Stadt und Land, zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern, zwischen den verschiedenen Interessengruppen werden in der Dauerausstellung nicht anschaulich gemacht. Stattdessen findet eine doppelte Spiegelung statt: Was in der Phase der harten Ost-West-Konfrontation oft propagandistisch zugespitzt wurde, dient nun einer zweiten "Plakataktion". Der ideologische Ostblick blendet die Vielfalt der Entwicklungen in Westdeutschland aus.

Wenn auf die Geschichte der DDR als Folie für die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik verzichtet worden wäre, hätte ein gutes Museum entstehen können.

Die Geschichte der DDR kann nicht in Bonn und nicht allein durch West-Historiker bearbeitet werden. 17 Millionen Menschen und vierzig Jahre Geschichte hätten nicht zum Vexierbild des eigenen westlichen Wohlbefindens instrumentalisiert werden dürfen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte die Pläne des Bundeskanzlers, in Bonn das "Haus der Geschichte" und in Berlin das "Deutsche Historische Museum" zu gründen, ernstgenommen: Als einzige Partei im Bundestag haben wir zu beiden Museumsprojekten spannende öffentliche Anhörungen durchgeführt. Eine möglichst breite Diskussion war nach unserer Ansicht eine zentrale Voraussetzung für das Verfahren der Einrichtung dieser Museen.

Bei der Beratung des Gesetzes, auf dessen Grundlage die Stiftung "Haus der Geschichte" arbeitet, konnten wir Verbesserungen erreichen: Die Stiftung muß einen Bericht vorlegen, in dem sie über ihre bisherige Arbeit und die weiteren Planungen informiert; die Geschichte des Nationalsozialismus durfte nicht ausgeklammert werden.

(-/15. Juni 1994/hgs/fr)
